Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83
Postscheckkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit" 45 Pfg. mehr. Preis der 1spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford 20 Pfg., sonst 30 Pfg. Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 292 — Herford, Freitag, den 13. Dezember — 1918

Das Erwachen der Beamtenschaft.

Von Karl Delius-Halle,
Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

Die deutsche Beamtenschaft ist leider zu spät gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen zugänglich geworden. Von allen Bevölkerungsklassen fand gerade die Beamtenschaft zuletzt den Weg zur Organisation. Als es dann geschah kam in den Organisationen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kleiner Krämergeist und rückständiger Bürokratismus zur Geltung. Das sind wohl die Kinderkrankheiten vieler Organisationen gewesen, aber weil die Schaffung der Beamtenberufsvereine so spät erfolgte, waren sie um so gefährlicher. Viel Energie ist auf diese Weise unnötig verloren gegangen. Die Krönung des Organisationserfolges ließ auf sich warten, den Beamten blieb der Erfolg aus. In Gesetzgebung und Verwaltung und der Oeffentlichkeit gegenüber vermochten sie sich nur schwer durchzusetzen. Hätten die Beamten in den Parlamenten bei den verschiedensten Parteien, insbesondere den liberalen, nicht einige geschickte Vertreter gehabt, so würden sie beiseite geschoben worden sein. Denn das Gegeneinanderarbeiten der einzelnen Beamtenberufsvereine mußte dazu führen.

Das große Erleben dieses Krieges hat auch bei der Beamtenschaft aufrüttelnd gewirkt. Im zweiten Kriegsjahre machten unter den besonders auf den Festbesoldeten lastenden schweren wirtschaftlichen Druck sich Bestrebungen auf Zusammenschluß der einzelnen Beamtenverbände zu Großorganisationen bemerkbar. Bereits vor dem Kriege waren im Reichskartell (Sitz Köln) wohl gegen 60 000 und in der Sozialen Arbeitergemeinschaft etwa 150 000 untere Beamte zusammengeschlossen. Die Gründung der Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände brachte eine Zusammenschmelzung fast sämtlicher mittlerer und unterer Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten. Damit war ein großer Schritt nach vorwärts getan. Jetzt wollen verschiedene Großorganisationen, unter anderem auch der Verband deutscher Beamtenvereine, der allerdings mehr eine Wohlfahrtseinrichtung darstellt, mit den ihm angehörigen Standesvertretungen sich mit der Interessengemeinschaft zu einem großen deutschen Beamtenbunde vereinigen. Das wird eine Vereinigung von etwa fünf Viertel Millionen Beamten ergeben. Ein solcher Verband unter geschickter Leitung bedeutet eine Macht, wenn er erfolgrichtige Standespolitik treibt. Bis jetzt hat leider die Beamtenschaft den Begriff Standespolitik sehr eng gefaßt. Es durfte beileibe nicht von Staats- oder Wirtschaftspolitik gesprochen werden. Man sollte strenge Unparteilichkeit wahren und vergaß dabei ganz, daß dann überhaupt von einer erfolgreichen Standespolitik nicht gesprochen werden konnte, höchstens trieb man Stümperpolitik. Die festbesoldete Beamtenschaft kann ihrer ganzen Struktur nach nur demokratische Politik treiben. Es geht einfach nicht, daß man konservative Anschauungen hegen kann, wenn erfolgreiche Beamtenpolitik betrieben werden soll. In wirtschaftlicher Beziehung muß die Beamtenschaft eine großzügige Konsumentenpolitik befürworten. Hochschutzzoll und Liebesgabenpolitik sind ihre größten Gefahren. Sie bringen ihr den wirtschaftlichen Niedergang, weil alle Besoldungserhöhungen keinen Ausgleich schaffen können. Die Parteien, die besonders für hohe Zölle schwärmten, waren bisher diejenigen, welche für Besoldungserhöhungen am wenigsten übrig hatten. Jetzt, nachdem die Herren nicht mehr an der Macht sind, werden sie vielleicht umlernen wollen. Das wird ihnen und den Beamten nicht mehr viel nützen können. Ebenso liegen die Dinge bei der Steuerpolitik. Die Beamtenschaft hat ein Interesse an der gerechten Verteilung der Steuern. Gerade sie wird beim Steuerzahlen durch die volle Erfassung ihrer Besoldung schärfer als viele Bevölkerungskreise herangenommen. Und um noch eins anzuführen: in der Frage der wirtschaftlichen Selbsthilfe, die auch dem Beamten nicht unterbunden werden darf, wenn ihnen auch im Interesse des guten Einvernehmens mit den mittelständlerischen Berufen eine möglichst schonende Anwendung zu empfehlen ist, läßt sich eine klare Stellungnahme nicht umgehen. Man kann hier nicht mit Parteigruppen liebäugeln, die dieser wirtschaftlichen Betätigung schwere Hindernisse bereitet haben.

Aehnlich und vielleicht teilweise noch schlimmer liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet des Beamtenrechts. Hier müsse ndie Beamten sich für die weitestgehenden Rechte einsetzen. Kompromisse wird es nicht geben. Völlige Freiheit als Bürger, weitgehendste Mitbestimmung im Dienstverhältnis, das kann nur das unverrückbare Programm der großen Beamtenvereinigung sein.

Ganz von selbst müssen diese Grundforderungen zur gewerkschaftlichen Organisation führen. Der heftige Widerstand, der einer solchen von weitschauenden Beamtenführern längst erkannten Entwicklung entgegengesetzt wurde, wird wohl jetzt nach der Revolution verschwunden sein. In den alten Formen läßt sich eine erfolgreiche Beamtenpolitik nicht mehr treiben. Auch die Beamtenorganisationen werden von der Entwicklung, ob sie wollen oder nicht, in das politische Fahrwasser gedrängt. Das bisherige ängstliche Fernhalten von der Politik läßt sich nicht aufrechterhalten. Deshalb will auch der neue Beamtenbund dem Vorbilde der Arbeiterorganisationen entsprechend klare Interessenpolitik treiben. Diese kann und wird nicht im sozialistischen Sinne erfolgen, sondern nach demokratischen Grundsätzen sich vollziehen. Vorbildlich wird ihm dabei der deutschdemokratische Gewerkschaftsbund sein, der sich aus den auf freiheitlich nationaler Grundlage stehenden Gewerkschafts-, Angestellten- und Beamtenverbänden (christlichen Gewerkschaften, Hirsch-Dunckerschen, Deutschen Eisenbahner-Verband, Deutschen Handlungsgehilfen, Deutschen Technikerverband u. a.) gebildet hat. Jedenfalls wird der neue Beamtenbund als eine seiner Hauptziele die Politisierung der Beamtenschaft eifrig zu betreiben haben. Das wird gerade jetzt besser gelingen als zu anderen Zeiten.

Die Beamtenschaft ist sich im Kriege ihrer großen Bedeutung für unser ganzes staatliches Leben bewußt geworden. Und auch die weiten Volkskreise, die oft genug in engherziger Verkennung der wirklichen Verhältnisse den Beamten für unproduktiv hielten, haben wohl im Kriege einen anderen Begriff von der Bedeutung des Beamten erhalten. Ohne die hingebende Arbeit der Beamten in allen Verwaltungszweigen hätte Deutschland die ungeheuren Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Kriegführung und des Wirtschaftslebens nicht so meistern können, wie es während der Kriegsjahre der Fall war. Hätte die Beamtenschaft sich nicht von reiner Vaterlandsliebe leiten lassen, so wäre gerade sie zum gefährlichsten Gegner der Revolution geworden. Das viel angewendete Wort: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will", findet auf die Beamtenschaft Anwendung. Was würde geschehen, wenn sie jetzt einen Massenstreik ins Werk setzte? Sie wird dies gewiß aus ihrem Pflichtbewußtsein heraus nicht tun, aber einstmals kann doch dieses Druckmittel außer Rand und Band geratene Revolutionshelden wieder zur Besinnung bringen.

Jedenfalls ist die Beamtenschaft entschlossen, im vollen Bewußtsein der ihr innewohnenden Macht sich nicht beiseite schieben zu lassen. Sie muß verlangen, daß durch die schleunige Einberufung der Nationalversammlung wieder gesetzmäßige Grundlagen geschaffen werden, die insbesondere ihre Einkommens- und Rechtsverhältnisse auf einheitlicher Grundlage den Zeitverhältnissen entsprechend ordnen.

Mit dieser Entwicklung wird der in der Beamtenschaft noch steckende Konservatismus endgültig abgetan sein; demokratische Anschauungen werden auch die Beamten zu ihrem Vorteil beherrschen, sehr zum Segen des neu erstehenden Vaterlandes, das mehr denn je der Pflichttreue einer freiheitlich denkenden Beamtenschaft bedarf, wenn das Volk der Errungenschaften einer wahren Demokratie teilhaftig werden will.

Einberufung des Reichstags.

bb. **Berlin**, 12. Dez. **Reichstagspräsident Fehrenbach hat laut „Hannov. Kurier" über den Kopf der Regierung hinweg den Reichstag einberufen und die Abgeordneten durch folgendes Schreiben davon in Kenntnis gesetzt:**

Die Frist des Waffenstillstands läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, der Abschluß des Vorfriedens muß sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiteren ungeheuren Schäden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus den Ländern unserer Feinde lauten nun aber mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß sie der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die geschäftsführenden Organe des Reiches, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen für die Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowohl als auch zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung. Meine fortgesetzten Bemühungen, Herrn Ebert im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstags zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Not der Zeit verbietet weiteres Zuwarten und verpflichtet mich, auch ohne Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung vom 26. Oktober d. J. erhaltenen Ermächtigung zur Berufung des Reichstags Gebrauch zu machen. Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber die Bestimmung von Ort und Zeit der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereitzuhalten und zu der demnächst anzuberaumenden Sitzung vollzählig zu erscheinen.

12. Dezember 1918.

Fehrenbach, Präsident des Reichstags.

*

bb. **Zürich**, 12. Dez. **„Tribuna" veröffentlicht ein Londoner Telegramm, worin behauptet wird, die Verbändler verlangen vor Aufnahme von direkten Beziehungen zur jetzigen deutschen Regierung deren Bestätigung durch den umgehend wieder einzuberufenden Reichstag.**

bb. **Genf**, 12. Dez. **„Journal des Debats" schreibt: Der Zusammentritt der deutschen A.- und S.-Räte in Berlin ist eine Politik, die zur Fortsetzung der militärischen Maßnahmen zwingt. Deutschland ist deutlich darauf hingewiesen, daß die Verbändler die Beseitigung der A.- und S.-Räte als Voraussetzung für Frieden und Brot verlangen. Die Nichtbeseitigung dieser Einrichtungen bedeute den Einmarsch. Auch „Matin" und „Figaro" verlangen, daß der deutsche Reichstag einberufen werde.**

bb. **Köln**, 12. Dez. **Zu den Meldungen über die Einberufung des Reichstages erklärt die „Köln. Volksztg.": Uns wird heute von zuständiger Seite versichert, daß der Regierung eine positive Nachricht, welche ihr die Notwendigkeit auferlegt hätte, zu der Frage der Reichstagseinberufung Stellung zu nehmen, nicht zugegangen ist. Bisher haben, so wird uns mitgeteilt, noch keine Beratungen im Kabinett über diese Frage stattgefunden.**

bb. **Basel**, 12. Dez. **„Daily Expreß" meldet aus Paris: Der Verbandskriegsrat in Versailles erachtet bis zum Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung den deutschen Reichstag als den einzig gesetzlichen Faktor in Deutschland, mit dessen Vertretern verhandelt werden kann. Auch Amerika teilt diese Auffassung.**

wtb. **Allenstein**, 12. Dez. Der Vollzugsausschuß der A.- und S.-Räte des 20. A.-K. hat heute folgende Depesche an die Reichsleitung Ebert-Haase und an die Reichskonferenz der A. und S.-Räte zu Händen Müller-Molkenbuhr gerichtet: Protest gegen ie Einberufung des Reichstages. Die A.- und S.-Räte des 20. A.-K. stehen auf dem Standpunkt, daß die Nationalversammlung möglichst bald einberufen werden muß, und daß bis zur Ein- und Durchführung geordneter sozialistisch-republikanischer Verfassungszustände die Regierung bezw. demnächst die Nationalversammlung sich vorläufig auf die Organisation der A.- und S.-Räte stützen muß. Die A.- und S.-Räte protestieren aber auf das schärfste gegen die Einberufung des alten Reichstages, dessen Mitglieder mit wenigen Ausnahmen vor den Staatsgerichtshof gehören. Der Vollzugsausschuß der A.- und S.-Räte des 20. A.-K.

Nach der „Deutschen Tageszeitung" veröffentlichen der Arbeiter- und Soldatenrat der 17. Armee und der Vertrauensrat des A. O. K. drei Aufrufe, in denen eine Einberufung des Reichstages mit Nachdruck gefordert wird. Die „Freiheit" sagt, die Quelle der Meldung des „B. T." über die Einberufung des Reichstages sei bei den bürgerlichen Parteien zu suchen. Die Regierungssozialisten müßten einsehen, woher Gefahr droht. Die Einheit der bürgerlichen gegenrevolutionären Front trete zutage. Der Plan wäre klar: Entweder hofft man, nach Einberufung des Reichstages die Revolution abwürgen zu können, oder der Plan mißlingt, und man hat dann dem Verband Vorwand zum Einmarsch geschaffen.

Der Waffenstillstand wird verlängert.

Tll. **Bern**, 12. Dez. Nach Pariser Berichten haben die deutschen Vorstellungen in England Gehör gefunden, und die Verlängerung des Waffenstillstandes wird in Kürze erwartet. Es denkt in Wirklichkeit kein Mensch daran, nach dem 17. Dez. die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, weil Deutschland die Bedingungen nicht habe restlos erfüllen können.

Aus London wird berichtet, man rechne mit der Demobilisation der englischen Flotte im Mai, ein Termin, auf dem man den Friedenskongreß ansetzt.

Die Programme der Reichsämter.

Tll. **Berlin**, 12. Dez. Die verschiedenen Reichsämter beginnen, der Reichsleitung ihre Programme vorzulegen. So hat der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, Dr. Müller, einen großzügigen Entwurf seiner Pläne eingereicht. Auch das Demobilmachungsamt und das Reichsschatzamt haben bereits ihre künftigen Arbeitsprogramme aufgestellt.

Eine Garantieerklärung der Reichsregierung.

Tll. **Kiel**, 12. Dez. Die Reichsregierung, unterzeichnet Ebert, Haase, hat durch das Auswärtige Amt an die Nordseestation am 6. Dezember folgendes Telegramm gerichtet: Da die offizielle Garantieerklärung der Reichsregierung unmöglich bis morgen früh in den Händen des Stationskommandos Wilhelmshaven sein kann, bitten wir, dem Vorsitzenden der Alliiertenkommission zunächst nachstehende telegraphische Erklärung abzugeben: Die Sicherheit und Unverletzlichkeit der Mitglieder der Alliiertenkommission und der Vertreter der Vereinigten Staaten ist durch die Reichsregierung im ganzen deutschen Gebiet garantiert. Alle Vertreter und Organe der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, des Heeres und der Marine werden ersucht, ihnen jeden Schutz und jede Förderung in der ungestörten Ausübung ihrer Tätigkeit angedeihen zu lassen.

Graf Czernin enthüllt.

Tll. **Wien**, 12. Dez. Graf Ottokar Czernin hielt gestern nachmittag vor Politikern und Zeitungsvertretern die mit Spannung erwartete große Rede, in der er von manchen bisher noch unbekannen Dokumenten von historischer Bedeutung Mitteilung machte. Seit langem brauchten wir die deutsche Hilfe, sagte Czernin. Wir bezogen monatlich von Deutschland über hundert Millionen Mark, um unsere Valuta zu stützen, eine Summe, die im Laufe des Krieges auf über vier Milliarden angewachsen ist. Trotz dieser Abhängigkeit blieb der einzige Weg, zum Frieden zu kommen, Deutschland zu bewegen, einen Frieden mit Opfern zu schließen. Ich behaupte ganz positiv, daß ich es war, der einen Verzichtfrieden für Deutschland und für uns stets als das Maximum des Erreichbaren dargestellt hatte. Die Zukunft wird beweisen, welche übermächtigen Anstrengungen wir gemacht haben, um Deutschland zum Nachgeben zu veranlassen. Wenn sie alle mißlangen, so lag die Schuld nicht am deutschen Volke, meiner Ansicht nach auch nicht am deutschen Kaiser, sondern lediglich bei den führenden deutschen Militärs. Es ist schließlich nicht die Schuld, aber jedenfalls keine Entschuldigung für General Ludendorff, daß er die einzige Kraftnatur in Deutschland war, und daß er dadurch die ganze Politik auf das Militär geleitet hat. Ein großer Patriot war General Ludendorff, aber er hatte das Unglück, die ganze Welt nur durch die Potsdamer Brille zu sehen und jeden Friedensversuch zu verwerfen, der keinen Siegfrieden brachte. General Ludendorff war genau so wie die Staatsmänner in England und Frankreich. Im April 1917 überreichte ich Kaiser Karl ein Exposee, das von ihm Kaiser Wilhelm geschickt wurde, mit dem Bemerken, er teile meine Auffassung. In diesem Exposee heißt es u. a.: Es ist vollständig klar, daß unsere militärische Kraft ihrem Ende entgegengeht und eine weitere Winterkampagne vollständig ausgeschlossen ist. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß auch Deutschland genau wie wir dem Ende seiner Kräfte entgegengeht, wie dies ja auch die verantwortlichen politischen Faktoren in Berlin gar nicht leugnen. Ich bin fest davon durchdrungen, daß, wenn Deutschland versuchen sollte, eine weitere Winterkampagne zu führen, sich im Innern des Reiches ebenfalls Umwälzungen ergeben werden. Wenn die Monarchen der Zentralmächte nicht imstande sind, in den nächsten Monaten den Frieden zu schließen, so werden es die Völker über ihre Köpfe hinweg machen, und dann werden die Wogen der revolutionären Vorgänge alles hinwegschwemmen, wofür unsere Brüder und Söhne heute noch kämpften und starben.

Die englische Hungerblockade.

Tll. **Berlin**, 12. Dez. Amtlich wird der Telegraphen-Union mitgeteilt: Admiral Beatty und der englische General in Spaa haben den deutschen Bevollmächtigten gegen-

über erklärt, daß die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln, wie die deutschen Waffenstillstandsbedingungen in Artikel 26, Absatz 2, ausdrücklich vorsieht, von der Schnelligkeit und dem Wohlwollen abhängig gemacht werden sollte, mit dem Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen durchführen würde. Die außerordentlich bedenkliche Ernährungslage Deutschlands erfordere, die vorhandenen Transportmittel bis an die Grenze der Möglichkeit auszunutzen. Trotz dieser Notlage sind die deutschen Forderungen von Admiral Beatty und dem Admiral Browning abgelehnt worden. Die Verweigerung der Erlaubnis des Verkehrs deutscher Handelsschiffe von einem deutschen Hafen zum andern und der Ausübung der Fischerei stehen umsomehr im Gegensatz zu den Zusicherungen des Waffenstillstandsvertrages, als uns durch die Fortnahme von Eisenbahnmaterialien für die Transporte im Innern die größten Schwierigkeiten erwachsen sind. Deutschland hat alles getan, um die Waffenstillstandsbedingungen zu Lande und zur See pünktlich und loyal durchzuführen. Trotzdem die Entente täglich neue Forderungen über die deutschen Waffenstillstandsbedingungen aufgestellt, wird Deutschland nicht einmal die zugesagte Einhaltung der Waffenstillstandsbedingungen bezüglich Zuführung von Lebensmitteln zugebilligt, obwohl Artikel 3 der 2. Haager Konferenz, 11. Abkommen, während einer Blockade den kleinen Lokalverkehr mit Küstenfischerei ausdrücklich zuläßt und deren Ladungen von der Wegnahme befreit, haben die rigorosen Drohungen der Entente unsere Schiffahrt von der Ausübung ihres Berufes vollkommen abgeschreckt, so daß die Ernährungsschwierigkeiten in Deutschland jetzt erheblich größer sind, als sie während des ganzen Krieges waren. Daß die Lage während des Waffenstillstandes für den einen der beiden Gegner durch willkürliche Ausnutzung brutaler Macht, sogar gegen die Lage während des Krieges, verschärft wird, ist eine in der Geschichte bisher einzig dastehende unerhörte Vergewaltigung.

Deutsch-Böhmen bittet die Entente um Schutz.

Wien, 11. Dez. Der Landeshauptmann von Deutsch-Böhmen, Dr. von Lodgman, hat sich mit den geschäftsführenden Mitgliedern der Landesversammlung, deren Sitz bisher in Reichenberg war, nach dem benachbarten Zittau in Sachsen begeben und wird von dort aus die Geschäfte von Deutsch-Böhmen führen. Dr. von Lodgman hat funkentelegraphisch an den Kriegsrat in Versailles die Bitte gerichtet, die Entente möge durch ihre Truppen, namentlich durch Amerikaner, Deutsch-Böhmen besetzen lassen. In hiesigen politischen Kreisen verlautet, daß die Besatzung von Reichenberg, Trautenau, Kommotau und Grottau durch die Tschecho-Slowaken unmittelbar bevorsteht. Coblenz wurde bereits heute besetzt. Die deutsch-böhmische Landesregierung hat das Land verlassen und ist in das Ausland gegangen. Sie hat an Wilson ein Telegramm mit der Bitte um seine Fürsprache gerichtet.

Eine machtvolle Kundgebung der posener Deutschen.

TU. **Posen,** 12. Dez. Um den Vertretern der deutschen Städte der Provinz Posen eine Kundgebung darzubringen, füllten den Park des Zoologischen Gartens Zehntausende von Soldaten, Frauen und Männern. Ein Soldat legte für seine Kameraden das Bekenntnis zum Deutschtum ab. In einer zur Annahme gelangten Erklärung heißt es: Viele Tausend deutscher Männer und Frauen, Vertreter und Mitglieder der deutschen Volksräte in Stadt und Provinz Posen haben heute in fünf machtvollen Kundgebungen ihren Zusammenschluß zu einem Provinzial-Volksrat beschlossen. Auf dem Boden der neuen staatlichen Ordnung will dieser Provinzial-Volksrat die Interessen der 850 000 posener Deutschen schützen und fördern. Er ist weder eine politische Partei, noch eine Kampforganisation gegen die Polen. Wir fordern die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung, von der allein wir bis zur Entscheidung des Friedenskongresses den Schutz der Deutschen im Osten erwarten.

Auch Eisner für die Nationalversammlung.

TU. **München,** 12. Nov. In einer anarchistisch-kommunistischen Versammlung im Wagnerbräu in München hat Eisner gestern abend seine Genossen, vor denen er sich als Radikaler bekannte, zur Ruhe gemahnt. Sie sollten abstehen von ihrem Wahnsinn, damit die Entente nicht einmarschiere. Die Einberufung der deutschen Nationalversammlung erklärte er für unbedingt notwendig.

Die letzte diplomatische Vertretung in Petersburg.

TU. **Haag,** 12. Dez. Die „Morningpost" meldet aus Stockholm: Augenblicklich ist nur noch die dänische Gesandtschaft in Petersburg zurückgeblieben. Aber auch ihre Abreise ist nur noch eine Frage von Stunden. Es ist möglich, daß die bolschewistische Telegraphenagentur Rosta in Stockholm geschlossen und das Personal aus dem Lande gewiesen wird.

Zwei russische Generale von Bolschewisten erschossen.

TU. **Stockholm,** 12. Dez. Aus Petersburg, aus amtlicher Quelle, wird mitgeteilt, daß auf Befehl des Sowjets General Rußki, der frühere Befehlshaber der russischen Nordfront, und General Radko Dimitriew, der Befehlshaber der russischen Armee in Galizien, erschossen worden sind.

Protest gegen den Einmarsch der Alliierten in Rußland.

TU. **Berlin,** 12. Dez. Die Sowjetregierung hat an die Regierung von Großbritannien, Frankreich, Italien und der Vereinigten Staaten eine Erklärung erlassen, in der sie gegen den Einmarsch der alliierten Truppen in Rußland Einspruch erhebt und unter anderm ausführt: Die sozialistische Räterepublik ist nach wie vor bereit, dem Krieg ein Ende zu machen. Gegen Angriffe von außen stützt sie sich auf ihre treue und tapfere Rote Armee. Sie macht für das erneute Blutvergießen jene verantwortlich, die heranrücken, ihre Grenzen angreifen und die Unterdrückung der besetzten Gebiete fortsetzen.

Wilsons Ankunft in Europa.

wtb. (Bur. d. Vorl. Reg.) **Newyork,** 11. Dez. Nichtamtlich verlautet, daß Wilson nicht vor Ende Februar nach den Vereinigten Staaten zurückkehren werde.

bb. **Bern,** 12. Dez. Nach einem Pariser Telegramm soll Wilson morgen nachmittag in Brest eintreffen und sogleich nach Paris weiterreisen.

Frankreich und der Besuch Wilsons beim Vatikan.

T.U. **Genf,** 12. Dez. Pariser Regierungskreise sind von Wilsons Besuch beim Vatikan unangenehm berührt, weil hierin ein Zusammenschluß aller Gegner des von der Entente geplanten Diktatfriedens erblickt wird. Unmittelbar vor dem Besuche Wilsons wird der Papst anläßlich des Empfanges des Heiligen Kollegiums die Bedeutung dieses Besuches in öffentlicher Ansprache an die Kardinäle hervorheben. Das Blatt „Homme libre" unterstreicht die Frankreich feindlichen Aeußerungen in der italienischen Presse, in denen gegen Frankreichs Vordringen bis an den Rhein Stellung genommen wird. Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Wilsons Besuch in dieser Hinsicht eine mäßigende Wirkung ausüben werde. Im übrigen bemüht sich die Pariser Presse, den Besuch des Präsidenten beim Papst als unpolitischen Akt internationaler Höflichkeit hinzustellen.

wtb. (Bur. d. Vorl. Reg.) **Jokohama,** 10. Dez. (Reuter.) Die japanischen Delegierten für die Friedenskonferenz reisen heute nach San Franzisko ab.

Die Deutsch-nationale Volkspartei

wird gebildet von den Konservativen, Antisemiten, Großgrundbesitzern und Schwer-Industriellen. Daß sich ihr auch die Christlich-sozialen angeschlossen haben, muß mit Verwunderung vermerkt werden.

Die Frauen der Deutschen demokratischen Partei:

Der vorläufige Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei

besteht aus folgenden Mitgliedern: Margarete Bernhard, Gertrud Bäumer, Karl Böhme (geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums des Bauernbundes), Bernhard Dernburg, Josef Eßlem, Arthur Feiler, Otto Fischbeck, Georg Gothein, Gustav Hartmann (Vors. der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine), Fritz Hausberg (Vorstandsmitglied des Bundes technisch-industrieller Beamter), Gustav Ickler, Johannes Junck, Karl Kanzow, Friedrich Lift, Georg Lucas, Else Lüders, Max Madsen (erster Vorsitzender des Verbandes Berlin des Bundes deutscher Militäranwärter), Friedrich Naumann, Otto Nuschke, Hermann Pachnicke, Otto Preuß, A. Raschke (Vorsitzender des Verbandes preußischer Justizsekretäre und Assistenten), J. Reif (Vorsitzender des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen), Hjalmar Schacht, Ludwig Silberberg, Hugo Sommer (Vorsitzender des Verbandes deutscher Kaufleute), Wachtmeister Schrader (Vorsitzender des Verbandes deutscher Schutzleute), Felix Waldstein, Alfred Weber, Hugo Wendorff, Theodor Wolff, Ernst Remmers (Vorsitzender der Interessengemeinschaft der mittleren Beamten), Dr. Blankenburg, M. d. A., Dr. Bollert, M. d. R., Dr. Friedberg, M. d. A., Prof. Gerland, Frau Menke-Voelker, Prof. Schücking, Prof. Alfred Weber, Redakteur Wießner. Da die Verkehrsverhältnisse eine ausreichende Verbindung mit den einzelnen Reichsteilen im Augenblick nicht gestatten, wird eine Ergänzung der Liste nach Landesteilen und Berufsgruppen binnen kurzem veröffentlicht werden.

Herford und Minden-Ravensberg.

13 Dezember.

Der Ernst der wirtschaftlichen Lage.

Es droht eine wirtschaftliche Katastrophe, wenn es nicht im letzten Augenblicke noch gelingt, unser Wirtschaftsleben zu konsolidieren und der Lage anzupassen. Wir gaben Geld aus, ohne zu überlegen, ob der Staat Geld zur Verfügung hat. Unserer Finanzwirtschaft fehlten die gesetzlichen Grundlagen. Der Staatssekretär für das Reichsschatzamt sieht den Zusammenbruch kommen, wenn wir nicht schleunigst auf gesetzliche Grundlagen zurückkehren (Schiffer). Vom 24. Oktober bis 23. November sind 2095 Millionen Mark an Papiergeld neu ausgegeben, vom 1. Oktober bis 23. November gar 3683 Millionen gegen 397 Millionen im gleichen Zeitraum 1917; einschließlich der Privatnoten, des Kriegsgeldes der Gemeinden und der Koupons beläuft sich die Summe der neuen Zahlungsmittel für diese Zeit auf rund 5 Milliarden (Havenstein). Das untergräbt Kredit und Ansehen. Die Mark sinkt zusehends. Das bedeutet eine neue Steigerung der Teuerung. Wir haben vor dem Kriege für 3 Milliarden Nahrungsmittel, für 6 Milliarden Rohstoffe jährlich eingeführt. Heute würden uns diese Waren bei der Teuerung, dem Uebelwollen der Feinde, unserer Schiffsraumnot und unserer völligen Machtlosigkeit mindestens 18 Milliarden kosten (Barth schätzt 17 Milliarden). Wir sind an Rohstoffen und Nahrungsmittelvorräten völlig ausgehungert. Der Bedarf ist daher noch größer zu schätzen. Wie sollen wir diese Milliarden jährlich aufbringen? Unser Volks-Vermögen wird durch Kriegsanleihen und Kriegsentschädigungen zu zwei Dritteln mindestens aufgebraucht. Wir können diese zum Leben nötigen Milliarden nur durch Werte erzeugende Arbeit aufbringen, indem wir Fabrikate ausführen. Die herrschende Teuerung erschwert das. Englisches Eisen unterbietet das Deutsche Eisen schon jetzt in Holland. Das sind bittere Tatsachen. Unser völliger Ruin steht bevor, wenn wir nicht Einkehr halten; ein Jeder muß es. Alle Uebertreibungen in Lohnforderungen sind fern zu halten. Der Staatssäckel muß entlastet werden. Die den Soldaten gewährten höheren Löhne fordern in 10 Wochen 1½ Milliarden (Molkenbuhr).

Bricht unsere Wirtschaft infolge Ueberspannung zusammen, so ist die Folge Hungersnot und Bürgerkrieg und die weitere Folge demnächst eine Herabdrückung der Löhne auf die Zeit vor 50 Jahren. Der Arbeiter würde wieder zum Proletarier. Deshalb ist die schleunigste Rückkehr der Entlassenen zu wertschaffender Arbeit bei angemessenen Löhnen die wichtigste Forderung. Ia.

Die deutsche Frau gehört in die Deutsche demokratische Partei.

Die Frau will Frieden! Frieden nach außen, Ueberwindung der Gewalt durch Gerechtigkeit, freie Entwicklung für jedes Volk in seiner Eigenart, bei sicherer Wahrung von Deutschlands Würde.

Das fordert die Deutsche demokratische Partei!

Die Frau will den inneren Frieden! Sie ersehnt dem deutschen Volke Ruhe und Einheit. Keinen Klassenkampf, sondern brüderliches und schwesterliches Zusammenarbeiten.

Keine Klassenherrschaft, keinerlei Bevorzugung Einzelner durch Geburt oder Besitz, keine Anhäufung des Reichtums neben bitterer Armut! Lebenswertes Dasein für alle durch werktätige Arbeit! Volle soziale und politische Gerechtigkeit für alle.

Das fordert die Deutsche demokratische Partei!

Sie dient keiner Schicht, sie dient der Gesamtheit. Die Frauen sind treu der Einheit des Reiches, sie lieben ihr Vaterland doppelt, weil es leidet.

Aber sie wollen nicht Ueberwundenes neu beleben, sie wollen Neubau von Grund auf.

Das fordert die Deutsche demokratische Partei!

Sie baut den neuen Volksstaat, die deutsche Republik.

Die Frauen wollen ihr Recht, ihre Arbeit, Ausbildung und Schutz für sich und ihre Kinder, Anerkennung ihres Staatsbürgertums. Das sichert ihnen die Deutsche demokratische Partei, die Partei der Frauen.

m. **Die Löhnung der Sicherheitskompagnie.** In der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 11. d. Mts. gab der Oberbürgermeister Bause über die Entlöhnung der Sicherheitskompagnie folgende Erklärung ab: 1. Der Magistrat vertritt grundsätzlich den Standpunkt, daß nach den erlassenen Bestimmungen und Verordnungen zur Bezahlung des Lohnes der Sicherheitskompagnie nicht die Stadt, sondern der Staat verpflichtet ist. Sämtliche bisher stadtseitig ausgezahlten Beträge sind daher nur als vorschußweise bezahlt anzusehen. Die Stadt wird sie dem Staate in Rechnung stellen und Erstattung der bisher verauslagten Beträge fordern. 2. Der Magistrat erklärt sich bereit, die Kosten der Löhnung für die Sicherheitskompagnie bis zum 21. Dezember d. Js. vorschußweise zu bezahlen. Mit dem 21. Dezember d. Js. wird jede Zahlung auch vorschußweise, eingestellt. Der Magistrat wird nach dem 21. Dezember d. Js. auch für die von diesem Tage an in Aussicht genommene Sicherheitskompagnie in Stärke von 40 Mann keinerlei Zahlung mehr leisten.

— **Handelsverbot mit Waffen u. Ausrüstungsgegenständen.** Das Generalkommando Münster gibt bekannt: Der Handel mit Waffen und Ausrüstungsstücken aller Art, die Eigentum der Heeresverwaltung sind, ist verboten und strafbar. Nicht nur der Verkäufer, sondern auch der Käufer wird zur Verantwortung gezogen. Sämtliche militärischen Dienststellen und Polizeibehörden werden im Einvernehmen mit den Arbeiter- und Soldatenräten aufgefordert, die Waffen usw., die als Staatseigentum zu betrachten sind, zu beschlagnahmen und die mit dem Handel beschäftigten Persönlichkeiten dem zuständigen Gericht zu überliefern. Die Geschäfte und Schankwirtschaften, in denen solcher Handel oder seine Unterstützung festgestellt werden, werden durch die Behörden geschlossen.

Versiegelte Lippen.

Roman von A. M. Alten.

23 (Nachdruck verboten)

„Nun geht der Trubel los," sagte Lore vergnügt, als sie oben in der Stube waren, die die beiden Mädchen miteinander teilten. „Besuche macht ja der alte Baron nicht, seiner Gicht halber. Da kommt die ganze Umgegend zu ihm, es gibt alle paar Tage irgend eine Festlichkeit. Und für die Jugend gibt er ein ganz großes Fest im Park mit prachtvollen Ueberraschungen, da ist nichts zu schön und zu teuer. Papa sagt, der alte Herr sei ein Lebenskünstler gewesen, und wenn er einigermaßen wohl sei, dann komme das noch immer zum Vorschein. Gott, Marie-Luise, wenn wir nur eine von seinen Millionen hätten, wir wollten auch Lebenskünstler sein, nicht?"

„Ich habe gar nicht gewußt, daß du so geldgierig bist, Lore."

Die Kleine seufzte.

„Geld ist doch was schönes, besonders wenn man's hat."

Dagegen konnte nun Marie-Luise nichts einwenden.

Aber Lore tröstete sich schon wieder selbst.

„Ach, wer weiß, wieviele von seinen Millionen der alte Herr davon gäbe, wenn er nochmals achtzehn Jahre sein könnte! Uebrigens, Marie-Luise, was ich dich fragen wollte, hast du denn etwas mit Klaus gehabt?"

Marie-Luise beugte sich tief über ihren Toilettenkasten, in dem sie gerade kramte, um ihre Verwirrung zu verbergen.

„Ich mit Klaus," sagte sie, „daß ich nicht wüßte."

„Na, das ist doch sonderbar. Du weißt, am fünfzehnten Juli fangen doch die Gerichtsferien an, Papa wollte etwas mit ihm besprechen, da schreibt er ihm nach Berlin, er möge doch gleich wenn er zu Hause sei, herkommen und daß du auch hier bist, schrieb er, denn das schien ihn noch eine besondere Anziehungskraft zu sein. Und denke dir, da hat er allerhand Ausreden gebraucht, und erst als Papa ihm schrieb, daß es durchaus nötig sei, daß er komme, hat er zugesagt. Findest du das nicht merkwürdig?"

Marie-Luise hatte ihren äußeren Gleichmut wiedergefunden.

„Wer weiß was im Wege war," sagte sie ruhig. „Jedenfalls sind wir gute Freunde, wie immer. Die Kinderzeit ist ja freilich vorbei."

„Und nun läßt Papa ihn doch übermorgen abholen und zwei Tage soll er wohl hierbleiben. Papa hat allerhand mit ihm zu bearbeiten und das dauert immer etwas länger."

Marie-Luise wußte nicht, ob es mehr Freude oder Schreck war, was sie bei der Neuigkeit empfand, daß Klaus kommen würde. So sehr sie sich danach sehnte, ihn wiederzusehen, der Gedanke, daß er ihr wieder mit der Zurückhaltung begegnen würde, die er sich zum Grundsatz gemacht zu haben schien, bedrückte sie und machte sie traurig. Und was würden Ostwalds sagen.

Die ganze Zeit am Tage seiner Ankunft war sie in zitternder Erwartung, und schon lange, ehe der Wagen, der ihn geholt hatte, überhaupt zurück sein konnte, stand sie wartend hinter ihrem Fenster. Als er ausstieg, spähte sie fast ängstlich nach seinem Gesicht. Sie sah, wie sein Blick prüfend über die Fensterreihen flog, wußte er doch ganz genau die Fenster ihres Zimmers. Es schien ihr, als ob er bleicher und magerer geworden sei. Und als er in der Tür verschwunden war, hätte sie am liebsten geweint, um ihr schweres Herz ein wenig zu erleichtern und drängte gewaltsam die Tränen zurück, damit ihr niemand nachher etwas ansehen könne.

Und das war gut, denn einige Minuten später hämmerte bereits Lore ungeduldig und verwundert an der Zimmertür, die sie verschlossen hatte.

„Warum hast du dich denn eingeschlossen, Marie-Luise? Mach doch auf!" Und dann betrachtete sie neugierig die Freundin. „Du, Klaus ist ja eben gekommen! Warum warst du nicht unten und schließt dich hier oben ein?"

Marie-Luise redete sich mit Kopfschmerzen aus. Sie habe sich ein wenig aufs Bett gelegt und sei eingeduselt.

Aber Lore glaubte ihr nur halb.

Während sie sie dann fast gewaltsam nach unten zog, hatte Marie-Luise Zeit, sich zu fassen und begrüßte mit Gelassenheit Klaus, der ebenso erregt war, wie sie selber. Sie merkte das gut genug, obgleich auch er es sorgfältig zu verbergen strebte. Sie fühlte, daß seine Hand zitterte und sah, daß seine Augen einen eigenen Glanz hatten. Ein heißes Gefühl stieg in ihr auf, er liebte sie doch mit ganzer Seele, das fühlte sie in diesem Augenblick deutlich, und es war ihr, als könne sie jetzt eher seine äußere Kühle ertragen. Darum fand sie auch ihre alte Unbefangenheit schneller wieder als er, der sich gewaltsam dazu zwingen mußte.

Der Abend verging im Familienkreis sehr heiter, obgleich Enno Boysen den Gast mit auffälliger Kühle begrüßte und behandelte, was aber nur zur Folge hatte, daß Lore ihn desto auffälliger auszeichnete.

Klaus war aber doch stiller als sonst und Marie-Luise merkte wohl, daß er heimlich beobachtete. Aber was? Und wen? Enno Boysen? Dazu hatte er doch wirklich keine Veranlassung, wenigstens gab ihm Marie-Luise keine.

Ziemlich früh trennte man sich, denn mit dem kommenden, grauenden Tag mußten die Herren schon wieder heraus, der Ernte halber, und Amtmann Ostwald hielt darauf, daß die Abende dann nicht zu sehr ausgedehnt wurden.

Als Marie-Luise am andern Morgen zum Frühstück herunterkam, war der alte Herr bereits von den Wiesen heimgekommen und hatte Klaus schon mit in seine Höhle geschleppt, wie sein immer, mit fast undurchdringlichem Pfeifenqualm erfülltes Zimmer genannt wurde, und Lore meinte mißmutig, nun würde man ihn wohl für die ersten drei bis vier Stunden wohl nicht zu sehen bekommen.

Marie-Luise nahm ihre Arbeit und ging in die Laube. Sie war froh, allein mit ihren Gedanken und Empfindungen sein zu können. So saß sie denn ganz versunken und hörte kaum, daß der Rollwagen des alten Barons über den Kies des Gartens knirschte, erst, als sich der Eingang der Laube durch einen Schatten verdunkelte, sah sie überrascht auf.

Der alte Herr begrüßte sie liebenswürdig, und als sie sich zurückziehen wollte, protestierte er ernsthaft und verwickelte sie sofort in eine sehr lebhafte Unterhaltung. Und plötzlich fragte er:

Fortsetzung folgt.

= **Herford-Wallenbrück.** Vom 16. Dezember ab verkehrt werktags der Frühzug ab Enger 6.30 an Herford 7.12 nicht mehr. Dagegen werden von diesem Tage an die Züge Nr. 1 und 4 zwischen Wallenbrück und Herford um 10 Minuten früher gelegt.

= **Gegen das Notenhamstern in Bank-Schließfächern.** Das Reichsbankdirektorium hat alle Banken, Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften veranlaßt, die Mieter von Schließfächern sowie diejenigen, welche nach dem 1. Juli 1918 verschlossene Depots eingeliefert haben, aufzufordern, in einer im Wortlaut vorgeschriebenen Erklärung verbindlich zu versichern, daß in dem Schließfach oder in dem verschlossenen Depot keine Zahlungsmittel, Gold- oder Silbergeld, Banknoten oder Kassenscheine aufbewahrt werden. Entsprechende Aufforderungen werden der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E. V.), der Deutsche Sparkassenverband, der Allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der Hauptverband Deutscher Gewerblicher Genossenschaften, der Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland an ihre Mitglieder richten; der Verband Württembergischer Kreditgenossenschaften ist zu einem gleichen Vorgehen veranlaßt worden.

e. **Die Vortragskunst Dr. Friedrich Castelles,** der am morgigen Abend hier sprechen wird, hat kürzlich in Hannover großes Aufsehen erregt. Die Urteile und Kritiken aller maßgebenden Zeitungen sind gleich gut und bestätigen den außerordentlich günstigen Eindruck, den der Redner im Vorjahre bei seinem Vortrag über Hermann Löns hier hinterlassen hat.

= **Tabakarbeiter-Versammlung.** Eine öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie findet heute Abend im Lokale des Herrn Büchner statt.

Amt Enger.

r. **Enger,** 12. Dez. In der gestrigen Mitgliederversammlung des Liberalen Wahlvereins für Enger und Umgegend, der jetzt 176 Mitglieder zählt, wurde nach einem Referat des Vorsitzenden einstimmig beschlossen, sich der Deutsch-demokratischen Partei anzuschließen. Der Verein führt in Zukunft den Namen „Deutsch-demokratischer Verein für Enger und Umgegend". Wie groß das Interesse für unsern Verein ist, kann man am besten daraus ersehen, daß sich die Mitgliederzahl ständig erhöht.

Bielefeld, 12. Dez. Eine von 1000 Personen besuchte Versammlung der deutschen demokratischen Partei verlangte die Einberufung der Nationalversammlung spätestens Mitte Januar. In der Entschließung heißt es dann weiter: „Die heute am 11. Dezember in Bielefeld auf Einladung der Demokratischen Partei versammelten Frauen und Männer des Stadt- und Landkreises Bielefeld lehnen die Kölner Bestrebungen auf Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik einmütig ab, da derartige Bestrebungen die Reichseinheit aufs Schwerste bedrohen. Die Versammelten stellen ein einziges und einheitliches freies Deutschland über alles."

bd. **Minden,** 11. Dez. Heute mittag traf das Feldartillerie-Regt. Nr. 183 (gebildet aus den hiesigen Ersatzabteilungen 69 und 70) zu Fuß über Porta kommend hier ein. Das Regiment wurde in Hille einquartiert. Nachmittags kamen 2 Pionierkompagnien zu Schiff auf dem Kanal von Dortmund aus an. Die Truppen wurden herzlich empfangen.

bd. **Minden,** 11. Dez. Hier wurden bei unvermuteten Haussuchungen zwei Geheimschlächtereien aufgedeckt. Es wurden größere Mengen Fleisch-, Fett- und Wurstwaren beschlagnahmt und der Kreisfleischstelle überwiesen.

Lippische Fürstentümer.

Bad Salzuflen, 12. Dez. (Gemeinschaftliche Sitzung der städt. Kollegien.) Anwesend sämtliche Magistratsmitglieder, die Stadtverordnetenversammlung war durch 13 Mitglieder vertreten. Ferner waren 3 Mitglieder des Arbeiter- und 2 Mitglieder des Soldatenrats anwesend. Der Magistrat hat beschlossen, den Beamten u. Arbeitern die Teuerungszulagen wie bei den Staatsbeamten vom 1. 4. rückwirkend zu zahlen. Die Versammlung hatte aber die rückwirkende Kraft nur vom 1. 7. ab beschlossen. Es fand nochmals eine Aussprache statt. Die Beschlußfassung erfolgte dann in getrennten Korporationen. Bezüglich des Baues einer Kühlanlage hatte der A.- und S.-Rat eine Besprechung mit den städtischen Kollegien gewünscht. Es fand eine eingehende Aussprache statt, wodurch die Angelegenheit ihre Erledigung fand. Wegen der Teuerungszulage blieb die Versammlung bei ihrem früheren Beschluß. Es stimmten 4 Mitglieder für die Magistratsvorlage und 9 Mitglieder gegen dieselbe. Der Magistrat soll ersucht werden, beim Lippischen Volks- und Soldatenrat anzufragen, ob an den Sitzungen der städtischen Behörden auch Mitglieder des Soldatenrats teilnehmen können. In den Ausschuß für Erwerbslosenunterstützung wird Stadtv. Bödecker gewählt. Der Magistrat soll ersucht werden, als Aufseher für die Steinbrüche nach Möglichkeit Kriegsbeschädigte zu bevorzugen, ebenso auf dem Kriegswirtschaftsamte nach Möglichkeit kriegsbeschädigte Personen zu beschäftigen. Die Regierungs-Verfügung wegen Erstattung von Kosten für Aufwendungen auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtsfürsorge wird zur Kenntnis gebracht. Die Kosten für Errichtung und den Betrieb einer Entlausungsanstalt werden bewilligt. Der Magistrat hat beschlossen, zur Unterstützung der Nachtbeamten 5 Bürger, die im Felde gewesen und jetzt beschäftigungslos sind, einzustellen. Die Versammlung ist hiermit einverstanden. Es soll den Personen eine Entschädigung von 6 *M* pro Nacht gewährt werden.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

wtb. **Köln,** 11. Dez. Bei einem Zusammenstoß der Straßenbahn mit einem belgischen Lastauto wurden neun Belgier verletzt, darunter drei schwer.

wtb. (Bur. d. Vorl. Reg.) **Dortmund,** 11. Dez. Ein Untersuchungsbeamter aus Berlin und ein Mitglied des A.- und S.-Rates aus Mülheim waren heute hier, um die Angelegenheit Thyssen-Stinnes zu untersuchen. Der Urheber der Anschuldigung, namens Robert Börsch, ist Schriftführer des Sicherheitsausschusses des A.- und S.-Rates Dortmund. Bei der heutigen Vernehmung hat Börsch zugegeben, daß er die Anschuldigung erdichtet habe. Daraufhin wurde Börsch verhaftet.

Die Reichstagung der A.- und S.-Räte.

Amtliche Bekanntmachung.

Den Arbeiter- und Soldatenräten der Republik schlagen wir als vorläufige Tagesordnung der Delegiertenversammlung vom 16. Dezember folgende vor:

1. Bericht des Vollzugsrats.
   Berichterstatter: Richard Müller.
   Bericht der Volksbeauftragten. (Berichterstatter wird noch bestellt.)
2. Nationalversammlung oder (!) Rätesystem.
   Referent: Cohen.
   Korreferent: Däumig.
3. Sozialisierung des Wirtschaftslebens.
   Referent: Hilferding. (Korreferent: Wird noch bestellt.)
4. Die Friedensregelung und deren Einfluß auf den Aufbau der deutschen sozialistischen Republik.
   Referent: Ledebour.
5. Wahl des Vollzugsrats der Republik.

Anträge zu dieser Tagesordnung sind möglichst umgehend dem Sekretariat des Vollzugsrats, Abgeordnetenhaus, mitzuteilen, ebenso die Namen der Delegierten.

Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß je 50 000 Frontsoldaten — nicht 100 000 — das Recht haben, einen Vertreter zu wählen, ferner, daß die Schutztruppe gesondert einen Vertreter entsenden darf.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin.

Rich. Müller. Molkenbuhr.

Rigoroses Vorgehen der Engländer in Köln.

TU. **Köln,** 12. Dez. Die Engländer, besonders aber die Schotten gehen in der Beschlagnahme von einzelnen Wohnungen und Häuser scharf und rücksichtslos vor. In allen Vororten wurde von ihnen viel geplündert. Alle Theater müssen heute geschlossen haben. In der Nacht vom 11. zum 12. Dezember werden die Uhren um eine Stunde zurückgestellt, da laut Verfügung der englischen Besatzung für den Brückenkopf Köln die westeuropäische Zeit allgemein maßgebend ist.

Schwere Ausschreitungen der Belgier in Aachen.

Amsterdam, 11. Dez. Die sozialdemokratische Zeitung „Het Volk" aus Vaals meldet: Am Sonntag abend haben belgische Soldaten in Aachen schwere Ausschreitungen begangen. Sie plünderten Kaufläden, mißhandelten Bewohner und erstachen einen Juwelier. Die französischen Soldaten stellten die Ordnung mit Waffengewalt wieder her.

Vorsicht mit Munition.

In dem Taunusort Eschborn bei Frankfurt a. M. hatten durchziehende Artilleristen in sträflichem Leichtsinn mehrere gefüllte Granaten in Gärten und Felder geworfen. Eine Anzahl Kinder hob mehrere Granaten auf und warf sie in den zementierten Dorfgraben, wo sie explodierten. Vier sechs- bis elfjährige Knaben wurden in Stücke gerissen.

Ein verabschiedeter Generalleutnant.

Der Exekutivausschuß des 4. Armeekorps erließ an Seine Exellenz Generalleutnant von Gravel in Magdeburg folgende Aufforderung: „Auf Grund des Beschlusses der Vertreterversammlung der Soldatenräte im Bereich des 4. A.-K. vom 27. 11. 18. erklärt der Exekutivausschuß, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit dem jetzigen Kommandierenden General Generalleutnant von Gravel, unmöglich ist, und fordert Sr. Exzellenz auf, sich unverzüglich dem Kriegsminister zwecks Entlassung zur Verfügung zu stellen. Die Führung der Geschäfte ist sofort dem Generalleutnant von Werder zu übergeben. Die Unterzeichneten ersuchen Se. Exzellenz durch Unterschrift bescheinigen zu wollen, daß Sie von vorstehendem Kenntnis genommen haben. — Generalleutnant von Gravel entsprach durch Namensunterschrift dem Verlangen, und an seiner Stelle hat Generalleutnant von Werder die Führung der Geschäfte des 4. A.-K. übernommen. sh.

Soziales.

Beschleunigter Wohnungsbau.

In Oppeln sind bereits Maßnahmen ergriffen worden, durch die Wiederaufnahme der Bautätigkeit dem Mangel an Klein- und Mittelwohnungen schnellstens wieder abzuhelfen. Veranlassung dazu hat der Beamtenwohnungsverein e. G. m. b. H. gegeben, der seinerseits wieder durch eine starke Vergrößerung der Königl. Eisenbahnwagenwerkstatt dazu angeregt und gedrängt wurde. Die Eisenbahnbehörde hatte Interesse daran, so schnell als möglich für ihre Unterbeamten und Arbeiter, die nach Oppeln versetzt werden sollen, gute Wohnungen zu einem annehmbaren Preise zu beschaffen, und trat mit dem genannten Verein in Verbindung, ihm die möglichste Unterstützung in allen Sachen zusagend. Dem Wohnungsverein wird auch die Unterstützung anderer staatlicher Institute zuteil, die ihm außer finanzieller Unterstützung auch eine unmittelbare Förderung zusagten. In den kommenden vier Jahren wird daher ein völlig neues Stadtviertel erstehen mit über 100 Häusern und rund 500 Wohnungen. Noch in diesem Jahre sollen 25 Häuser aufgeführt werden. Dazu war die Pachtung einer Ziegelei sowie zur Herstellung des erforderlichen Bau- u. Nutzholzes die Pachtung eines Sägewerkes mit zwei Gattern notwendig. Beide Betriebe werden ihre Arbeit schon in den nächsten Tagen aufnehmen und werden außer billgem Bauholz, das durch große Abschlüsse mit den Oberförstereien sichergestellt ist, auch Ziegeln zu angemessenem Preise liefern, nämlich zu 38 *M* das Tausend frei Baustelle gegenüber 68 *M* das Tausend im Handel. Als Gesamtbaukosten sind auf diese Weise 5 Millionen Mark in den Anschlag aufgenommen worden. Gebaut werden zweigeschossige Häuser mit zusammen vier Wohnungen. Jede Wohnung enthält drei Zimmer und Küche sowie Beigelaß. Ein Gärtchen zu jeder Wohnung wird die Freude an Kleingartenbau beleben. Als Mietspreis für jede Wohnung, die den modernen Anforderungen voll entsprechen soll, sind 500 *M* im Jahre in Aussicht genommen.

Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil: Fr. Kuhle, Herford.

Bekanntmachung.

Mit Ermächtigung des Ministeriums des Innern habe ich im Interesse der Kohlenersparnis die durch Anordnung vom 19. Januar 1917 — I P 62 — zugelassene, im Amtsblatt Stück 4 vom 27. Januar 1917, Seite 17 veröffentlichte Ausdehnung der Polizeistunde für Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés sowie für Vereins- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Getränke verabfolgt werden, in den Städten

Bielefeld, Herford, Minden, Bad Oeynhausen und Paderborn

hierdurch wieder auf und bestimme, daß vom Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung ab auch in diesen 5 Städten die Polizeistunde wieder **auf 10 Uhr** festgesetzt wird.

Minden, den 29. November 1918.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht!

Herford, den 12. Dezember 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Städtischer Käseverkauf.

In der **Turnhalle am Wilhelmsplatz** werden gegen Vorlegung der Lebensmittelkarte auf die Person

100 Gr. Spezialkäse zu 72 ₰

in nachstehender Reihenfolge abgegeben:

Am Montag, den 16. Dezember 1918,

vorm. von 8—9 Uhr an die Inh. d. Lebensmittelkarte Nr. 7581—8146, von 9—10 Uhr Nr. 8147—8724, von 10—11 Uhr Nr. 8725—9360, von 11—12 Uhr Nr. 9361 bis 9900, von 12—1 Uhr Nr. 9901—10 586, nachm. von 3—4 Uhr Nr. 1—649, von 4—5 Uhr Nr. 650—1299, von 5—6 Uhr 1300—1880.

Am Dienstag, den 17. Dezember 1918

vorm. von 8—9 Uhr an die Inhaber der Lebensmittelkarten Nr. 1881—2420, von 9—10 Uhr Nr. 2421—2960, von 10—11 Uhr Nr. 2961—3463, von 11—12 Uhr Nr. 3464—3965, nachm. von 12—1 Uhr 3966—4468, von 3—4 Uhr 4469—4864, von 4—5 Uhr Nr. 4865—5287, von 5 bis 6 Uhr Nr. 5288—5827.

Beim Kaufe ist die Lebensmittelkarte zur Eintragung vorzulegen. Eine Abfertigung außerhalb der vorgeschriebenen Reihenfolge findet nicht statt.

Herford, den 13. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für militärische Büros werden zu sofort auf einige Wochen drei heizbare Räume möglichst im Erdgeschoß und in der Nähe des Neuen Marktes gelegen zu mieten gesucht.

Angebote sofort an uns oder an das Einquartierungsamt, Rathaus, Zimmer 69/70, erbeten.

Herford, den 12. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Verkauf von Altbekleidung findet in der Woche vom 16. Dezember bis 21. Dezember im Rathaus, Zimmer 107 wie folgt, statt:

Am Montag, den 16. Dezember, 3—4 Uhr nachmittags für Personen, deren Namen mit den Buchstaben P—Q beginnen, 4—5 Uhr R—S, 5—6 Uhr R—O.

Am Donnerstag, den 19. Dezember, 3—4 Uhr nachmittags für Personen, deren Namen mit den Buchstaben V—W beginnen, 4—5 Uhr X—Z, 5—6 Uhr T—U.

Herford, den 10. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Oeffentliche Aufforderung.

Alle am 16. Februar 1919 über 20 Jahre alten, **nach dem 15. Oktober 1918** hier zugezogenen Personen deutscher Nationalität werden aufgefordert, sich zum Zwecke der Aufnahme in die **Wählerliste für die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung bis zum 16. Dezember ds. Js.** in unserer Steuerabteilung, Rathaus, Zimmer 79 während der Dienststunden (9½—1 Uhr vormittags und 3—6½ Uhr nachmittags) zu **melden.**

Herford, den 11. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Oeffentliche Aufforderung.

Alle am 16. Februar 1919 über 20 Jahre alten **Militärpersonen,** die nicht in Herford ihren Wohnsitz haben und sich voraussichtlich am 16. Februar 1919 noch hier aufhalten werden, werden aufgefordert, sich **zum Zwecke der Aufnahme in die Wählerliste für die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung** in der Zeit vom

Montag, den 16. Dezember 1918 bis einschl.
Mittwoch, den 18. Dezember 1918

in unserer Steuerabteilung, Rathaus, Zimmer 79 während der Dienststunden (9½—1 Uhr vormittags und 3 bis 6½ Uhr nachmittags) zu **melden.**

Herford, den 11. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am 2. Dezember 1918 wird im hiesigen Stadtbezirk der Kontrollbeamte der Landesversicherungsanstalt Westfalen zu Münster mit einer Revision der Quittungskarten zur Invaliden-Versicherung beginnen. Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntnis und verbinden hiermit die Aufforderung, Quittungskarten und Aufrechnungsbescheinigungen bereitzuhalten, sodaß dieselben dem Kontrollbeamten vorgezeigt werden können.

Nach § 1466 der Reichsversicherungsordnung sind die Arbeitgeber verpflichtet, über die Zahl der bei ihnen beschäftigten Personen, über die gezahlten Löhne und Gehälter und über die Dauer der Beschäftigung den Organen der Versicherungsanstalt und ihren Beauftragten sowie den die Kontrolle ausübenden anderen Behörden und Beamten auf Verlangen Auskunft zu erteilen und denselben diejenigen Geschäftsbücher und Listen, aus welchen jene Tatsachen hervorgehen, zur Einsicht während der Betriebszeit an Ort und Stelle vorzulegen. Ebenso sind die Versicherten zur Erteilung von Auskunft über Ort und Dauer dieser Beschäftigung verpflichtet. Die Arbeitgeber und die Versicherten sind ferner verpflichtet, den bezeichneten Organen, Behörden und Beamten auf Erfordern die Quittungskarte behufs Ausübung der Kontrolle und Herbeiführung der etwa erforderlichen Berichtigungen gegen Empfangsbescheinigung auszuhändigen. Sie können hierzu von dem Versicherungsamt durch Geldstrafen bis zum Betrage von je 150 *M* angehalten werden.

Herford, den 28. November 1918.

Das Versicherungsamt der Stadt Herford.

Vergebung städtischer Arbeiten

Handwerker, die im kommenden Jahre bei Vergebung städtischer Arbeiten berücksichtigt werden wollen, fordern wir hiermit auf, sich bis Dienstag, den 31. Dezember 1918, auf dem Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer Nr. 87, einzufinden.

Herford, den 12. Dezember 1918.

Das Stadtbauamt.

Bekanntmachung.

Socken für Kriegsbeschädigte.

Von der uns von dem Provinzialausschuß in Münster auf unseren Antrag zugewiesenen Strickwolle haben wir Socken fertig herstellen lassen und beabsichtigen nunmehr, die Socken allen **Kriegsbeschädigten** d. Stadtbezirks Herford zum Ankauf frei zu stellen. Es kann jedoch nur je ein Paar abgegeben werden. Der Preis beträgt 2,50 *M* für das Paar.

Kriegsbeschädigte, die Anspruch auf das Paar Socken erheben, wollen sich in der Zeit von **Montag, den 16., bis Mittwoch, den 18. Dezember 1918,** im Rathaus, Zimmer Nr. 71, unter Vorlegung ihrer Militärpapiere melden.

Ausschuß für die Kriegsbeschädigten-Fürsorge der Stadt Herford.

Gewerbliche Fortbildungsschule Enger.

Der Unterricht in der gewerblichen Fortbildungsschule, der planmäßig am 17. d. Mts. stattzufinden hat, wird auf Montag, den 16. d. Mts., verlegt.

Dieses wird gemäß § 1 des Ortsstatuts vom 23. September 1914 zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Enger, den 12. Dezember 1918.

Der Amtmann.

Zu einer

Frauen-Versammlung

sämtlicher Frauen in Diebrock, Hollinde, Laar u. Eickum wird hierdurch auf **Dienstag, den 17. Dezember, nachmittags 3½ Uhr,** nach der

Gastwirtschaft Störmer
in Diebrock

eingeladen.

Vortrag von Fräulein Rothert aus Münster über

das Wahlrecht der Frau

mit anschließender Besprechung.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer
Ortsgruppe Herford.

Am Dienstag entschlief sanft nach längerem Leiden unser lieber Kamerad

Walter Breder.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Dezbr., nachm. 1¾ Uhr, vom Elternhause, Diebrockerstr. 4, aus statt.

Der Vorstand.

Bermbeck, den 12. Dezember 1918.

Nach fünf Monate bangem Warten erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß unser lieber, guter, jüngster Sohn, Bruder und Schwager, der Füselier

Friedrich Meyer

im blühenden Alter von 23 Jahren am 4. Juli 1918 auf dem westlichen Kriegsschauplatz fürs Vaterland gefallen ist.

In tiefer Trauer:
Familie Wilhelm Meyer
und alle Angehörigen.

Er ruhe in Frieden!

Ihre heute vollzogene Vermählung geben bekannt

Carl Schenkel
Martha Schenkel
geb. König.

Herford, den 13. Dezember 1918.

F.-C. „Union".

Sonnabend, den 14. Dez., abends 8½ Uhr:

Versammlung
in der „Neuen Welt".

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Sonntag, den 15. Dezember, nachm. 2 Uhr:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn Fritz Liedtke.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung über die Durchführung des 8 Stundentag.
2. Unsere Forderung der Mindestlöhne.

Alle Mitglieder müssen erscheinen. Nichtmitglieder willkommen.

Die Ortsverwaltung.

Verein der Kunstfreunde!

Der Vortrag von Dr. Friedrich Castelle aus Münster über

Annette von Droste-Hülshoff

findet **Sonnabend, d. 14. Dezember, abends 8 Uhr** in Brinkmanns Saal statt.

Die gelösten Einlaßkarten behalten ihre Gültigkeit.

Karten zu Mk. 2, — Mk. 1, — und Schülerkarten zu Mk. 0,50 sind in der Menckhoff'schen Buchhandlung und an der Abendkasse zu erhalten.

Im Sonnelager täglich von 9 Uhr morgens ab

Versteigerungen
von
Militär-Pferden
aller Gattungen



nur gegen Barzahlung.

Pferdeversteigerungskommission Sennelager.

Holz-Verkauf.

Am **Sonnabend, den 14. Dezbr., nachmittags 1 Uhr,** verkaufe ich im Auftrage der Firma Oldemeyer, Spenge, in dem Gehölz des Landwirts Meyer zur Heide, Nr. 3 Diebrock, bei der Anstalt „Elim"

ca. 40 Haufen Brennholz (Braken)
ca. 40 Haufen dickes Buchen-Brennholz,
ca. 50 cbm Buchen-Rollen (abgeschnitten)

meistbietend, wozu Käufer einladet.

Hollinde, den 9. Dez. 1918.

Heinrich Kampmann,
Auktionator.

Ein
Einfamilienhaus
zu mieten oder zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 3627 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Alleinstehende Dame sucht
Wohnung
von 5—6 Räumen. Angebote unt. **A. O. 3551** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Einf. möbl.
Zimmer
od. Wohn- u. Schlafzim. von Wachtm. sofort oder später zu mieten gesucht. Angb. u. Ver. 3633 an die Geschäftsst. der Ztg.

Friseurgeschäft
od. Einrichtung zu kaufen gesucht. Offert. erbitte **Bielefeld,** Am Damme 1, II. Etg.

Pianos
in allen Preislagen, auch einige gebrauchte, hat abzugeben.
A. Festing, Pianolager
Bielefeld, Arndtstr. 2a.

Fast neue Fuchskanin-Pelzgarnitur, für junge Mädchen passend, zu verkaufen.
Diebrockerstr. 51, II l.

Därme
prima Qualität, empfiehlt
Hermann Ebmeyer.

Kaufe Ziegen
zum Schlachten, und milchgebende, auch sämtliche Sorten
Felle.
M. Löwenstern, Credenstr. 35.

Aus dem Felde zurückgekehrt
habe mein Geschäft wieder eröffnet.
Herforder Blumenhalle
Friedrich Sweke.

Aus dem Felde zurückgekehrt, habe meine **Wäscherei** wieder im vollen Betriebe. Nehme sämtliche Wäsche wieder an.
H. Gülich, Radewigerstr. 6

Platzarbeiter
evtl. Kriegsbeschädigter, der auch mit Pferden umgehen kann, sofort gesucht.
Gebrüder Wittland.

Tüchtige, gut eingeführte
Provisionsvertreter
zum Besuche von Kolonialwarengeschäften, Kantinen etc. gesucht von **Carl Barena & Co.**
Großhandlung
Mettmann Rhld.

Schulentlassenes Mädchen
für Haushalt und Laden zum 1. Januar gesucht.
Frau Küster, Bügelstr

Städtisches Arbeitsamt
für Stadt- u. Landkreis Herford.
Waisenhausstr. 1, Fernspr. 102.
Es werden zu sofort gesucht nach hier:
2 Schuhmacher, 1 Friseur, 1 Laufbursche (12-14 Jahre) 4 Putzfrauen, 1 Waschfrau Haus- und Küchenmädchen, nach auswärts:
5 Möbeltischler, 2 Möbelpolierer, 200 Arbeiter für Zechen.

Klavier,
wie neu, Friedensinstrument, preiswert zu verkaufen.
Bünderstr. 42.

Weihnachtsbäume
in großer Auswahl empfiehlt
H. Coring,
Rennkormauerstr. 19.

Große Auswahl
in
Weihnachtsbäumen
E. Uffmann
Verkauf: **Hermannstr. und Friedhofsstraße 10.**

Drucksachen aller Art liefert schnell und preiswert
Fernruf 83 Buchdruckerei Fr. Kuhle Rennstr. 29/31

Rheinisch-Westfälische Zeitung

Werktäglich 3 Ausgaben: Morgen, Mittag, Abend. Sonntags einmal

Essen
Dortmund Duisburg
Hauptvertretungen:
Bielefeld, Bochum, Düsseldorf Elberfeld-Barmen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Krefeld, Mülheim-Ruhr, Münster in Westfalen, Recklinghausen, Wanne, Witten

Bezugspreis: 5,25 Mk. durch die Post ohne Bestellgeld vierteljährlich

Bedeutendste Zeitung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Unabhängig nationales Organ. Erstklassiger Handelsteil. Reichhaltiges Feuilleton. Zuverlässige und schnelle Kriegsberichterstattung. Hervorragendes Anzeigenblatt, namentlich für die Eisen- und Schwerindustrie. Großer Stellenmarkt.

Café Germania.
Täglich: **Konzert.**

Tüchtiger Stenotypist
(unbedingt sicher im Maschinenschreiben und in Stenographie) zu sofort gesucht. Kriegsteilnehmer bevorzugt.
Parteibüro: Werrestr. 65, I.

Deutsche demokratische Partei!

Unser Parteibüro befindet sich:

Werrestraße 65 I, Fernspr. 197

Alle Anfragen und Zuschriften sind an das Parteibüro zu richten.

Der Vorstand.

Sonntag, den 15. und Sonntag, den 22. Dez. sind unsere Geschäfte geöffnet von 11½ Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.

Verein der Webwarenhändler Herford.

Empfehle zu Weihnachten
moderne Korbmöbel
für Veranden, Wintergärten, Vorplätze, Erker, behagliche Räume usw.
Ferner
Kinder-Möbel
Carl Eikmeyer,
Herford — Stiftbergstrasse 16.

Geschäfts-Eröffnung.

Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß ich mein

Friseur-Geschäft

Engerstraße 20a wieder eröffnet habe. Halte mich bei guter und sauberer Bedienung bestens empfohlen.

Max Kümmel, Friseur.

Versteigerung.

Im freiwilligen Auftrage werde ich am **Sonnabend, den 14. Dezember, nachmittags von 1 Uhr** ab beim **Gastwirt Kropp, Unter den Linden,** aus einem Nachlasse:

1 Sofa, 1 Tisch, 2 Sessel, 5 Stühle, 1 Kochmaschine, 1 Eimerschrank, 2 Küchenschränke, 1 Kleiderschrank, 2 Bettstellen mit Matratzen, 2 Oberbetten, 1 Unterbett, 1 Pfühl, 3 Kissen, 1 Kommode, 1 Nachtspind, sowie sonstige Küchen- und Gebrauchsgegenstände

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Die Sachen sind gebraucht und eine Stunde vorher zu besichtigen.

Robert Formel, Auktionator, Hollandstraße 49.

Kriegsfamilien-Unterstützungen

werden Montag, den 16. Dezember d. J. von vormittags 8½ bis nachmittags 1 Uhr

ausgezahlt:

Zahlungsliste	Nr. 1	bis 800	am Schalter 1
„	Nr. 801	bis 1800	am Schalter 2
„	Nr. 1801	bis 2700	am Schalter 3
„	Nr. 2701	bis 3600	am Schalter 4
„	Nr. 3601	bis 4500	am Schalter 5

Die Auszahlung erfolgt nur an obigem Tage u. an den Empfangsberechtigten selbst.

Wird die Unterstützung monatlich abgehoben, dann hat solches nur am 16. jeden Monats zu erfolgen.

Die Erledigung anderer Kassengeschäfte, dringende Fälle ausgenommen, kann an diesem Tage nicht erfolgen.

Herford, den 12. Dezember 1918.

Kämmereikasse.

Ein reelles Geschäft!

Für einen seit langem bewährten und eingeführten, von ersten Stellen vorzüglich empfohlenen, wichtigen Gebrauchsartikel soll das **General-Depot** für hiesigen Platz und größeren Bezirk an nur einwandsfreie, kapitalkräftige und geschäftsgewandte Persönlichkeit oder Firma vergeben werden. Als Kunden kommen Militärbehörden, Landwirte, Tierhalter und Züchter in Frage. Ia. Referenzen werden gegeben und verlangt. Baldige Angebote unter: „Existenz" erbeten an Annoncen-Expedition

Heinrich Eisler, Berlin, Friedrichstr. 243.

Wir suchen für einen Außenbezirk einen ordentlichen und zuverlässigen

Zeitungsausträger.

Herforder Zeitung für Stadt u. Land.

Deutsche demokratische Partei!

Männer und Frauen schließt euch der deutschen demokratischen Partei an.

Anmeldung an: **Buchdruckereibesitzer Fr. Kuhle, Herford.**

Mindestjahresbeitrag 1.— Mk.